

08/09.2010

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Globalisierung & Eine Welt	11
Klima & Energie	12
Konsum & Verbraucherschutz	17
Landwirtschaft & Gentechnik	17
Naturschutz & Biodiversität	18
Stadt & Region	21
Tierschutz & Ethik	21
Umweltpolitik & Umweltrecht	22
Verkehr & Tourismus	24
Wasser & Meere	25
Wirtschaft & Unternehmen	28

VERBÄNDE



Thema: Deutscher Naturschutztag	38
DNR intern	39
Aus den Verbänden	39
Ehrenamt	39
Preise & Ausschreibungen	39

SERVICE

Rezensionen	40
Internet	41
Neu erschienen	42
Leserbriefe	43
Impressum	43
Termine	44

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst	
Umweltbildung	45
Klimaneutrale Zertifizierung	
Schwerpunkt: Naturerleben	

SPEZIAL

Wasser

Seite 29 bis 37

THEMEN DES MONATS

Wattenmeer

Fossiler Anachronismus

Noch bis zum Jahr 2041 darf der Energiekonzern RWE im Wattenmeer nach Öl bohren

Seite 2

Militär und Umwelt

Aufrüsten mit Nanotechnologien

Weil Nanowaffen unkontrollierbar sind, muss globale Sicherheit anders organisiert werden

Seite 4

Ressourcenpolitik

Viva la Effizienzrevolution

Wirtschaft und Gesellschaft müssen umsteuern, denn das Zeitalter der Verschwendung geht zu Ende

Seite 6

Interview: Bisphenol A

„Keiner traut sich, es zu verbieten“

Hormonähnliche Stoffe sind gefährlich, doch die Behörden fürchten den Gegenwind der Industrie

Seite 9

## Wattenmeer

# Fossiler Anachronismus

Noch bis zum Jahr 2041 darf der Energiekonzern RWE im Wattenmeer nach Öl bohren

**Der Unesco gilt das Wattenmeer als Weltnaturerbe. Für zahlreiche Vogelarten und die einheimischen Wale ist es Lebensraum, für Energiekonzerne dagegen ein Dorado zur Ölförderung. Nicht erst seit der Katastrophe im Golf von Mexiko sind die Bohrarbeiten im Nationalpark ein Skandal. ■ VON CHRISTOF GOETZE, SCHUTZSTATION WATTENMEER**

Das Wattenmeer ist Heimat von zwölf Millionen Brut- und Zugvögeln. Es ist wichtige Zwischen- und Raststation auf ihrem Weg von den arktischen Brutgebieten in die afrikanischen Überwinterungsregionen und zurück. Die einzigen heimischen Wale leben genauso im Wattenmeer wie der Halligspitzmausrüsselkäfer, insgesamt kommen hier 10.000 Tier- und Pflanzenarten vor. Die Wattbewohner sitzen zur einen Hälfte des Tages auf dem Trockenem, zur anderen Hälfte bestimmen die hereinströmenden Wassermassen ihren Lebensrhythmus. Mitten in diesem einzigartigen Naturraum, einem Nationalpark zudem, wird Erdöl gefördert.

Knapp ein Jahr ist es her, dass die Unesco im Juni 2009 dem Wattenmeer das Prädikat Weltnaturerbe verliehen hat. Fast zeitgleich mit diesem kleinen

Jubiläum haben die Landesregierung und das Landesbergamt ohne öffentliche Anhörung und ohne Beteiligung von Naturschutzverbänden eine Verlängerung der bestehenden Erdölförderung auf der Bohrinselform Mittelplate A bis zum Jahr 2041 beschlossen. Währenddessen verenden im Golf von Mexiko täglich Tausende von Seevögeln qualvoll am immer noch austretenden Erdöl der explodierten Bohrinselform Deepwater Horizon.

## Die Bohrinseln waren von Beginn an umstritten

Rund 25 Millionen Tonnen des zähen und klebrigen Stoffes hat das Betreiberkonsortium aus RWE Dea und Wintershall seit 1987 südlich der Insel Trischen vor der Dithmarscher Küste gefördert. Rund 30 Millionen Tonnen werden als „gewinn-

bare Reserve“ und größtes Erdölvorkommen Deutschlands noch in drei Kilometer Tiefe unter dem Nationalpark Wattenmeer vermutet. Trotzdem reicht die hier förderbare Menge gerade einmal für einige Prozent des deutschen Ölbedarfs.

Im Sommer 1980 wurde im Auftrag der ursprünglichen Konzessionsinhaberin Deutsche Texaco mit Erkundungsbohrungen in dem Gebiet begonnen und förderfähiges Öl gefunden. Daraufhin schloss der Energiekonzern 1984 mit dem Land Schleswig-Holstein einen sogenannten Gewinnungsvertrag mit einer Laufzeit bis zum Jahr 2011.

Mit der Einrichtung des Nationalparks 1985 wurde die Ölförderung im Wattenmeer auf das Gebiet südlich der Insel Trischen und des Hakensandes beschränkt. Eine schwere Bürde für einen Nationalpark, in dem Ölförderung naturgemäß



## Neues Denken, neue Chancen

Was können wir wissen? Was sollen wir tun? Was dürfen wir hoffen? Hans-Peter Dürr, Kernphysiker und Träger des Alternativen Nobelpreises, gibt neue Antworten auf alte Fragen. Er zeigt, dass die Verwerfungen unserer Zeit – Kriege, Klimawandel oder die Krise der Ökonomie – fatale Folgen alten Denkens und eines überkommenen Weltbildes sind. In diesem Buch fasst er sein Lebenswissen zusammen – das intellektuelle Vermächtnis eines der bedeutendsten Vordenker unserer Zeit.

**Hans-Peter Dürr**  
**Warum es ums Ganze geht**  
 Neues Denken für eine Welt im Umbruch

189 Seiten, Hardcover mit Schutzumschlag, 19,90 EUR, ISBN 978-3-86581-173-8  
 Erhältlich bei [www.oekom.de](http://www.oekom.de), [kontakt@oekom.de](mailto:kontakt@oekom.de)

Die guten Seiten der Zukunft 

nichts verloren hat, aber zugleich auch ein Erfolg für den Naturschutz, denn wenigstens der Rest des Nationalparks bleibt so vor der Ölindustrie verschont.

1985 begannen die Bauarbeiten für die Bohr- und spätere Förderplattform. Mit den im Wattenmeer entstand die künstliche, mit Spundwänden umgebene Ölinsel Mittelplate. Der Bau der Plattform wurde von heftigen Protesten der Natur- und Umweltschutzverbände begleitet. Sowohl die Schutzstation Wattenmeer, die große Flächen im Nationalpark betreut, als auch der WWF und andere Naturschutzorganisationen wandten sich vehement gegen eine Ölförderung im Nationalpark. Demonstrationen, symbolische Besetzungen der Plattform und politische Lobbyarbeit bewirkten zwar bislang keine Einstellung der Förderung. Der anhaltende öffentliche Druck sorgte aber zumindest für eine Verbesserung der Sicherheitsvorkehrungen.

Die Neufassung des Nationalparkgesetzes in Schleswig-Holstein im Jahr 1999 beschränkte die Ölförderung im Nationalpark erneut auf den Bereich der Ölinsel. In der Begründung des Gesetzes wurde festgestellt, dass eine Erdölförderung „nach allgemeiner Auffassung nicht mit dem Schutzzweck des Nationalparks zu vereinbaren“ ist. Erlaubt blieb die Förderung dennoch.

### Gegen alle Widerstände wird Öl zu Lande und zu Wasser gefördert

Zu Beginn der Arbeiten in den 1980er-Jahren wurde vonseiten der Industrie zur Rechtfertigung der Bohrungen im Nationalpark immer wieder das Argument vorgebracht, das Ölvorkommen unter dem Nationalpark könnte nicht von Land aus erschlossen werden. Mittlerweile wird auf der Station Dieksand das Erdölfeld auch von Land aus angezapft. Zu einem Abbau der Ölinsel kam es dennoch nicht.

2007 kündigte RWE Dea an, die Förderung im Wattenmeer sogar noch ausweiten zu wollen. Von der Öffentlichkeit zunächst unbemerkt, stellte der Konzern im gleichen Jahr beim Landesbergamt in Celle einen Konzessionsantrag für die Öl- und Erdgassuche in einem rund 20.000 Hektar

großen Gebiet unter Inseln, Halligen und Wattflächen im Norden des Nationalparks. Das Bergamt stimmte dem Antrag zu, obwohl der Kreistag Nordfrieslands sich einstimmig gegen eine Ausweitung der Ölförderung im Wattenmeer ausgesprochen hatte. RWE Dea rang sich zwar zu einer öffentlichen Erklärung durch, keine weiteren Bohriseln im Nationalpark Wattenmeer errichten zu wollen. Diese Absichtserklärung ist rechtlich jedoch nicht verbindlich und die Ölförderung im Wattenmeer selbst stellt der Energieriese generell nicht infrage.

Einzig das Nationalparkgesetz verbietet zum Glück jede weitere Bohrisel im Nationalpark.

### RWE lässt sich Eingriffe im Nachhinein genehmigen

RWE Dea unterstreicht in ihrer PR-Arbeit die Sicherheit der Ölinsel Mittelplate und verweist auf 22 unfallfreie Betriebsjahre. Im Jahr 2007 musste der Konzern aber zugeben, dass seine vermeintlich felsenfeste Ölinsel von einem Priel, der auf die Plattform zuwandert, fortgeschwemmt werden könnte. Über 50.000 Quadratmeter Wattboden wurden daraufhin mit Steinschüttungen – dem sogenannten Kolkenschutz – überdeckt, um die Ölinsel zu retten. Eine Maßnahme, die im Rahmenbetriebsplan nicht vorgesehen war und die Frage aufwirft, ob ein Weiterbetrieb der Ölinsel

überhaupt zulässig war. Ein entsprechendes Genehmigungsverfahren wird erst jetzt – nach diesem Eingriff – durchgeführt.

### Die Ölbohrungen machen den Weltnaturerbetitel unglaublich

Es gibt kaum eine Schutzkategorie oder ein Prädikat, mit dem das Wattenmeer nicht ausgezeichnet worden ist: Weltnaturerbe, drei deutsche Nationalparks auf Länderebene, Biosphärenreservat, Feuchtgebietsschutzgebiet im Rahmen der Ramsar-Konvention, „Important Bird Area“ in der europäischen Naturschutzpolitik. Umso mehr schwächt die Ölförderung die Glaubwürdigkeit dieses Schutzes. Jede Diskussion über Verbesserungen bei der Fischerei oder über die Respektierung nutzungsfreier Zonen wird erschwert angesichts der Schädigung der Natur durch die Erdölindustrie. Deshalb ist die Position der Schutzstation Wattenmeer, dem größten in diesem Gebiet tätigen Naturschutzverband, eindeutig: Rohstoffsuche hat weder in einem Nationalpark etwas zu suchen noch in einem Weltnaturerbe.

Erdölförderung im Meer ist weder naturverträglich noch ist sie ohne Risiko möglich, wie die aktuelle Entwicklung am Golf von Mexiko eindrucksvoll beweist. Die Schutzstation Wattenmeer und der WWF gehen deshalb auch gerichtlich gegen weitere Eingriffe von RWE Dea ins Watt vor, die mit dem Nationalparkgesetz oder den europäischen Naturschutzrichtlinien nicht vereinbar sind.

### Gegen Narrenfreiheit

Die Schutzstation Wattenmeer und der WWF fordern

- ▶ von RWE Dea, das Weltnaturerbe zu respektieren und auf die Ölförderung im Nationalpark zu verzichten,
- ▶ von der Landespolitik, eine Ausweitung der Ölförderung im Watt zu verhindern,
- ▶ von der Bundespolitik, das Bundesberggesetz so zu ändern, dass Rohstoffkonzerne nicht länger Narrenfreiheit in Deutschland haben.

Der Biologe Christof Goetze entdeckte seine Liebe zum Wattenmeer während des Zivildienstes bei der Schutzstation Wattenmeer in Husum. Heute ist er dort Büroleiter und kümmert sich um die Pressearbeit.

Kontakt:  
Tel. +49 (0)4841 / 668546,  
E-Mail:  
c.goetze@schutzstation-  
wattenmeer.de,  
www.schutzstation-  
wattenmeer.de



gestoßen. Klimakommissarin Connie Hedegaard und Umweltkommissar Janez Potočnik verwiesen auf die EU-Pläne für eine CO<sub>2</sub>-arme Gesellschaft und die Zusagen der G-20-Staaten zum Subventionsabbau. Die 12-jährige Ausstiegsphase sei viel zu lang. Umweltverbände hatten kritisiert, dass die Betreiber von Kohleminen in den kommenden Jahren einfach mit ihrer Arbeit fortfahren könnten, anstatt die Produktion schrittweise zurückzufahren.

Mit seinem neuen, klimafreundlicheren Vorschlag muss Almunia nun jedoch mit Widerstand aus einigen Mitgliedstaaten rechnen – allen voran Deutschland, das den Ausstieg erst für 2018 beschlossen hat. Auch Nordrhein-Westfalen, dessen neue rot-grüne Regierung noch kurz zuvor von Umweltverbänden wegen ihres geplanten Klimaschutzgesetzes gelobt wurde, will sich gegen den Kommissionsvorstoß wehren. In dem Bergbauland drohen Massenentlassungen.

Entschieden wird über den Vorschlag im EU-Ministerrat, wo eine qualifizierte Mehrheit genügt. Ohne weitere Unterstützung könnten die Kohleländer Deutschland, Spanien und Polen dort überstimmt werden. [mv]

## Nachhaltige Biomasse

### Neue Studien, neue Fragen

■ Die drei europäischen Umweltverbände BirdLife International, Europäisches Umweltbüro (EEB) und Transport & Environment (T&E) haben Ende Juni im EU-Parlament erneut zuverlässige Umweltkriterien für die Nutzung von Biomasse zur Energieerzeugung und für Agrartreibstoffe gefordert. Sie stellten den Abgeordneten zwei Studien zu den Klimaeffekten der Biomassenutzung vor.

Die erste Studie deckt erhebliche Defizite in der Methodik auf, mit der die EU die CO<sub>2</sub>-Einsparungen durch Biomassenutzung berechnet. So könne die Klimabilanz bei der Nutzung von Holz sogar schlechter sein als bei fossilen Energieträgern, weil das im Holz über Jahre gespeicherte CO<sub>2</sub> bei der Verbrennung wieder freige-

## Das neue Energiekonzept – Weichenstellung oder Feigenblatt?

**Anstatt das versprochene Energiekonzept vorzulegen, will die Koalition erst einmal längere Atomlaufzeiten durchsetzen – obwohl die Bevölkerung dagegen ist. Christina Hering von der Klima-Allianz fordert eine wirkliche Energiewende.**

Es ist kein Geheimnis, dass die Regierungskoalition längere Laufzeiten für Atomkraftwerke durchsetzen möchte. Ihr Vorhaben wird aber durch verschiedene Umstände erschwert: So ist eine Änderung des Atomausstiegsgesetzes nötig, der nicht nur der Bundestag zustimmen muss, sondern vermutlich auch der Bundesrat. Ein Großteil der Bevölkerung lehnt Atomenergie ab. Und die Endlagerung des Atommülls ist weiter ungeklärt.

Dabei hatte doch die Bundesregierung nach ihrer Wahl im Herbst 2009 ein „ideologiefreies Energiekonzept“ angekündigt, das die Richtung der künftigen Energiepolitik bestimmen und auf dessen Basis erst die Entscheidung über Laufzeitverlängerungen fallen soll. Doch von Beginn an wurden Zweifel an der Glaubwürdigkeit dieser Aussage laut: Bei wissenschaftlichen Instituten wurden Szenarien für das Energiekonzept in Auftrag gegeben, die ausschließlich auf Laufzeitverlängerungen basieren. Im Juni kündigte die Bundesregierung eine Entscheidung über die Atomlaufzeiten an – ohne ein fertiges Energiekonzept zu haben. Sie verschob dann ihr Vorhaben aufgrund juristischer Bedenken. Seitdem verbreiten Koalitionspolitiker über die Medien fast täglich unterschiedliche Positionen zum Thema Laufzeitverlängerungen – ohne Energiekonzept. Neue Instrumente und Maßnahmen im Zusammenhang mit Laufzeitverlängerungen wie eine Brennelementesteuer, ein Fonds für erneuerbare Energien oder eine Auktionierung werden vorgeschlagen, diskutiert und zum Teil wieder verworfen – ohne Energiekonzept. Der Termin für die Vorstellung des Konzepts wurde mehrfach verschoben.

Dies alles vermittelt nicht den Eindruck, dass die Koalition ihre energiepolitischen Entscheidungen objektiv auf der Grundlage eines Konzepts treffen will. Es nährt vielmehr den Verdacht, dass das Energiekonzept nur als Feigenblatt dienen soll. Das ist in mehrfacher Hinsicht schade: So versäumt es die Koalition, zügig auf die Energieversorgung der Zukunft – erneuerbare Energien – umzusteigen. Dabei schafft dieser Bereich zukunftsfähige

Arbeitsplätze und stärkt Deutschlands Rolle als Exportnation. Außerdem werden durch die Dominanz der Atomdebatte wichtige Bereiche wie Energieeffizienz und Mobilität kaum diskutiert. Es droht die Gefahr, dass zukünftige politische Ziele für diese Sektoren nicht ambitioniert genug ausfallen. Auch blendet die Bundesregierung aus, dass der steigende Anteil der erneuerbaren Energien mit unflexiblen Großkraftwerken, die auf Kohle und Atom basieren, nicht zusammenpasst. Viele ihrer Argumente geben nur einen Teil der Wahrheit wieder. Zum Beispiel begründet sie Laufzeitverlängerungen mit günstigen Strompreisen, übersieht jedoch, dass die Allgemeinheit die Folgekosten etwa für die Endlagerung von Atommüll ebenfalls tragen muss. Nicht zuletzt nimmt die Glaubwürdigkeit der Politik weiteren Schaden, die Politikverdrossenheit wächst.

Die Bundesregierung hätte mit einer ernsthaften Auseinandersetzung über die künftige Energiepolitik viel gewinnen können. Das hat sie bislang leider versäumt. Deshalb hat sie es sich selbst zuzuschreiben, wenn nun die Klima-Allianz, ein breites Bündnis von Kirchen, Entwicklungs- und Umweltorganisationen, Gewerkschaften, Tierschutz- und Verbraucherschutzorganisationen, eine deutschlandweite Kampagne startet. „Schluss mit den Tricks – die Energiewende ist machbar!“ lautet ihr Motto.

Die Bundesregierung muss dem breiten Wunsch der Bevölkerung nach einer Energiewende endlich Rechnung tragen. Entscheidungen dürfen nicht aufgrund von Druck aus der Energiewirtschaft getroffen werden. 100 Prozent Erneuerbare bis 2050 sind machbar. Ein solches Energiekonzept ist wirtschaftlich, sozial und zukunftsfähig.

**Die Geografin Christina Hering koordiniert seit Oktober 2007 die Klima-Allianz in Berlin.**

**Kontakt: Tel. +49 (0)30 / 678177572,  
E-Mail: hering@klima-allianz.de,  
www.klima-allianz.de**

## „Der Charme des Deutschen Naturschutztages liegt in der Vernetzung Gleichgesinnter“

Ende September findet in Stralsund der 30. Deutsche Naturschutztag (DNT) statt. DNR-Präsident Hubert Weinzierl hat viele dieser Kongresse miterlebt. Für ihn ist das Miteinander haupt- und ehrenamtlicher Naturschützer das Besondere am DNT.

**umwelt aktuell: Herr Weinzierl, wie kam es zu dieser weltweit wohl einzigartigen Zusammenkunft amtlicher, ehrenamtlicher und privater Naturschützer, dem Deutschen Naturschutztag?**

Hubert Weinzierl: Der DNT war ein Zweckbündnis angesichts der explosionsartigen industriellen Entwicklung in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts und des dramatischen Raubbaus an der Natur. Die Symbiose zwischen hauptamtlichem Sachverstand und ehrenamtlicher, verbandlicher, nicht weisungsgebundener Politikbegleitung hat sich bewährt.

**Welche Themen standen zu Beginn auf der Tagesordnung? Welche sind es heute?**

Bei den ersten Treffen ab 1925 ging es hauptsächlich um klassische Naturschutzthemen, vor allem den Artenschutz. Aber bald waren der gesamte Natur-

haushalt, der Umweltschutz und die Wirtschaftspolitik Themen, und das ist bis heute so. Heute ist aus dem Naturschutz mehr geworden, er hat sich global vernetzt und zur Nachhaltigkeit fortentwickelt.

**Wen soll der Naturschutztag vor allem ansprechen?**

Der DNT soll Signale an die gesamte Gesellschaft aussenden und keine Selbstgespräche führen. Die Idee des Naturschutztages sollte über den Fachbereich hinaus in alle relevanten Gruppen und Politikbereiche hineinwirken.

**Der DNT wurde von Anfang an als Fachkongress konzipiert – und es gibt ihn bis heute. Die Teilnehmerzahlen sind in den letzten Jahren sogar gestiegen. Was ist das Besondere dieser Veranstaltung?**

Der Charme dieses „Familientreffens“ liegt in der Chance zur Vernetzung Gleichgesinnter in den verschiedenen Arbeitsbereichen – ehrenamtlich, privater und amtlicher Naturschutz –, aber auch zum gegenseitigen Mutmachen und zur Freude am Naturschutz.

**Was erwarten Sie vom 30. DNT in Stralsund?**

Ich hoffe, dass der Naturschutztag drei Überlebensfragen in den Mittelpunkt rückt, nämlich den sofortigen Stopp des Biodiversitätsverlustes, die Kritik an der Wachstumsideologie und die Hinwendung zu zukunftsfähigen Lebensstilen.

**Kontakt:**

Deutscher Naturschutzring, Helga Inden-Heinrich, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 3590-05, Fax -96, [www.dnr.de](http://www.dnr.de)



# 30. Deutscher Naturschutztag 2010 Frischer Wind und weite Horizonte

27. Sept. - 01. Okt. 2010 in der Alten Brauerei, Stralsund

#### VERANSTALTER

- Bundesverband Beruflicher Naturschutz (BBN) e.V.
- Bundesamt für Naturschutz (BfN)
- Deutscher Naturschutzring – Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e.V.
- Gastgebendes Bundesland 2010: Mecklenburg-Vorpommern mit seinem Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz

[www.deutscher-naturschutztag.de](http://www.deutscher-naturschutztag.de)

© Falk Herrmann/Piclease

## DNR INTERN

## DNR im Internet

**Start für Diskussionsportal**

■ Der Deutsche Naturschutzring (DNR) hat im Internet ein Diskussionsportal für seine Mitgliedsverbände eingerichtet. So hatte es die DNR-Mitgliederversammlung im vergangenen November beschlossen. Das Portal soll den Mitgliedern den effizienten Gedanken- und Meinungs-austausch durch eine schnellere und einfachere Bereitstellung von Informationen und Materialien ermöglichen. Außerdem soll es die DNR-Gremien bei der Positions- und Entscheidungsfindung in noch einzurichtenden offenen und nicht-offenen Diskussionsgruppen unterstützen. Der DNR als Dachverband will damit seiner Service- und Koordinationsfunktion für die Mitgliedsverbände, die thematischen Arbeitsgruppen und andere Zusammenhänge besser gerecht werden. [mb]

► <http://diskussionsportal.dnr.de> (Registrierung)

## AUS DEN VERBÄNDEN

## Interreligiöser Dialog

**Theologen treffen Ökologen**

■ Über die Haltung der Religionen angesichts von Klimawandel, Artensterben und Ressourcenkrise konferierten im Juli VertreterInnen von Buddhismus, Islam, Judentum und mehreren christlichen Konfessionen im Umweltzentrum Schloss Wiesenfelden in Niederbayern. Dabei ging es nicht nur um den Umgang der Religionen mit drängenden Umweltfragen, sondern auch um die Gretchenfrage für die Naturschutzverbände: Sind religiöse Überzeugungen wichtig oder vielleicht sogar ein entscheidender Schlüssel zur Nachhaltigkeit? Auch in den christlichen Kirchen – evangelische, katholische, orthodoxe und

evangelisch-methodistische Kirche waren in Wiesenfelden vertreten – werden Umweltfragen zum Teil auf unterschiedliche Weise diskutiert und beantwortet.

Einig zeigten sich alle TeilnehmerInnen der zweitägigen Veranstaltung darüber, dass es eine wichtige Aufgabe für Religionsgemeinschaften ist, Verantwortung für die Schöpfung zu übernehmen. Die interreligiösen Begegnungen sollen fortgesetzt werden. Mitveranstalter waren der Deutsche Naturschutzring und die Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft. [mb]

► Umweltzentrum Schloss Wiesenfelden, Tel. +49 (0)9966 / 1270, Fax 9020059, [www.schloss-wiesenfelden.de](http://www.schloss-wiesenfelden.de)

## EHRENAMT

## Jugendfreiwilligendienste

**Zivis sollen FÖJ-ler werden**

■ Um dem gesellschaftlichen Wandel von den Pflichtdiensten zu den Jugendfreiwilligendiensten Rechnung zu tragen, plant die Bundesregierung einen Ausbau der Jugendfreiwilligendienste FÖJ und FSJ (Freiwilliges Ökologisches/Soziales Jahr). Sie will dafür ab Herbst 2011 die bisherigen Zuschussmittel des Bundesamts für den Zivildienst für das sogenannte Zivi-FÖJ und -FSJ in Höhe von gut 30 Millionen Euro umwidmen und für das reguläre FÖJ und FSJ einsetzen. Das teilte die Stiftung Naturschutz Berlin, einer der größten Träger für das FÖJ, im Juli mit. Allerdings, so die Stiftung, schiebt die Regierung dabei nur die bisher schon für die Jugendfreiwilligendienste bereitgestellten Mittel um und verteilt sie in die Breite. Sie proklamiert zwar die Stärkung dieser Dienste, setze aber keine zusätzlichen Mittel ein, etwa aus den durch die Verkürzung des Zivildienstes frei werdenden 160 Millionen Euro.

Ab dem Jahr 2011/2012 sehen sich die FÖJ-Trägerorganisationen damit vor die Aufgabe gestellt, sowohl die 300 bisherigen

Zivi-FÖJ-Plätze als FÖJ-Plätze zu erhalten als auch zusätzliche Plätze über die derzeitigen 2.500 hinaus zu schaffen – „wobei im FÖJ anders als in vielen FSJ-Bereichen keine Pflegesätze zur Refinanzierung zur Verfügung stehen“, wie FÖJ-Projektleiter Bernd Kuhlmann von der Stiftung Naturschutz anmerkte. Kuhlmann hofft nun auf eine „gemeinsame Anstrengung und Bereitschaft von Bund, Ländern, Trägern und Einsatzstellen, neue Finanzierungskonzepte zu entwickeln“. [mb]

► Stiftung Naturschutz Berlin, Bernd Kuhlmann, Tel. +49 (0)30 / 26394140, Fax 2615277, [www.stiftung-naturschutz.de/foej](http://www.stiftung-naturschutz.de/foej)

## PREISE &amp; AUSSCHREIBUNGEN

## Kommunen

**Biodiversitätshauptstadt**

■ Um im Internationalen Jahr der Biodiversität die Leistungen der Kommunen für den Natur- und Artenschutz zu würdigen und bekannt zu machen, hat die Deutsche Umwelthilfe (DUH) alle deutschen Städte und Gemeinden aufgerufen, sich um den Titel „Bundeshauptstadt der Biodiversität“ zu bewerben. Der Deutsche Naturschutzring ist einer der Kooperationspartner. Städte und Gemeinden seien die entscheidende Stelle für die Umsetzung und Vermittlung von Maßnahmen zum Schutz der Biodiversität, begründeten die Naturschutzverbände ihre Initiative.

Beteiligen können sich alle Kommunen, von kleinen Gemeinden bis hin zu großen Städten, sowie Verwaltungsgemeinschaften, in Berlin und Hamburg auch Stadtbezirke. Der Fragebogen kann aus dem Internet heruntergeladen und auch direkt am Computer ausgefüllt werden. Einsendeschluss ist der 31. Oktober. [mb]

► DUH, Silke Wissel, Radolfzell, Tel. +49 (0)7732 / 999565, E-Mail: [wissel@duh.de](mailto:wissel@duh.de)  
► Fragebogen: [www.biodiversitaetskommune.de/wettbewerbssunterlagen](http://www.biodiversitaetskommune.de/wettbewerbssunterlagen)

- ▶ Wallraff, B.: **Professionelles Management von Ehrenamtlichen. Eine empirische Studie am Beispiel von Greenpeace Deutschland.** Budrich UniPress, Leverkusen-Opladen 2010, 234 S., 24,90 €, ISBN 978-3-940755-40-7
- ▶ Wendler, D. u. a.: **Der Carbon Footprint von Kapitalanlagen. Ermittlung der Treibhaus-**

**gasintensität der Kapitalanlage privater Haushalte.** Adelphi, Berlin 2010, 26 S., ISBN 978-3-9813697-0-0.  
www.klima-und-finanzen.de (Downloadbereich)

- ▶ Wolf, W.: **Sieben Krisen – ein Crash.** Promedia, Wien 2009, 253 S., 17,90 €, ISBN 978-3-8571-299-3

## Leserbrief: Die Verheißungen der Biokohle täuschen

**Betrifft: „Revolution aus den Graswurzeln. Die Schwarzerde Terra preta do índio könnte mehrere Menschheitsprobleme gleichzeitig lösen“ von Ute Scheub, umwelt aktuell 07.2010, S. 2–3**

Ute Scheub bewundert die Verheißungen der Biokohle (Biochar), doch leider ist sie wohl getäuscht worden. Sie stellt sich große Mengen an Biokohle vor, die von Kleinbauern verwendet werden – ohne teure Anlagen und Kunstdünger, hergestellt aus Reststoffen vom eigenen Land nach dem Prinzip „die Natur kennt keinen Abfall“. Es stimmt, dass Holzkohle, zusammen mit einer Vielzahl organischer Reststoffe, eine Rolle bei der Bildung fruchtbarer, kohlenstoffreicher Böden in Zentralamazonien spielte, die Terra preta genannt werden. Allerdings wurden diese Böden nicht über Jahre, sondern über Jahrhunderte geformt – von Bauern, die ihre Verfahren an die lokalen Bedingungen angepasst hatten.

Studien über moderne Biokohle lassen darauf schließen, dass pro Hektar zehn bis 20 Tonnen davon zusammen mit anderen Düngern angewandt werden müssen, wenn Bauern auch nur für ein Jahr die Aussicht auf einen höheren Ertrag haben sollen. Könnte eine große, teure Pyrolyseanlage vielleicht die Hälfte des Kohlenstoffs aus der Biomasse in Form von Biokohle gewinnen, so können die Bauern mit ihrer einfacheren und billigeren Ausrüstung von Glück reden, wenn sie ein Drittel erhalten. So wäre viel mehr Biomasse pro Hektar erforderlich, als aus Reststoffen von derselben Fläche gewonnen werden kann, und es bliebe sicher nichts mehr für Kompost übrig, was die Abhängigkeit von Kunstdünger fortzuschreiben würde. Bauern müssten entweder auf einem großen Teil ihres Landes sämtliche Reststoffe herausholen, um Biokohle auf einem viel kleineren Teil anzuwenden, oder sie müssten Biokohle kaufen, die von Plantagen stammt. Die Wirkungen von Großplantagen auf Klima, biologische Vielfalt und

Menschen sind bekannt, und Ute Scheub spricht sich auch klar gegen Plantagen für Biokohle aus. Auf der anderen Seite führt das Entfernen von Ernteresten und Totholz zur Erosion und Auslaugung der Böden und zerstört die biologische Vielfalt, besonders im Fall von Wäldern, wo die Bäume an Widerstandskraft gegenüber Stürmen und Trockenheit verlieren. „Die Natur kennt keinen Abfall“ ist vielleicht das stärkste Argument gegen Biokohle.

Es gibt noch weitere Probleme: Die Autorin spricht von Holzkohlenstaub, beachtet aber nicht, dass fliegender Holzkohlenstaub genug Erwärmung verursachen kann, um die „Klimavorteile“ zunichte zu machen, die die Anhänger der Biokohle unbewusenermaßen für sie in Anspruch nehmen. Wird der Staub eingeatmet, kann er auch die lebensgefährliche Staublungung verursachen. Außerdem verwechselt Ute Scheub Humus mit Holzkohle. Humus ist nährstoffreiche Erde, reich an organischem Material. Holzkohle kann höchstens Nährstoffe binden, wie Kompost und anderes organisches Material auch, ist aber im Gegensatz zu Kompost kein Dünger. Ironischerweise lobt die Autorin die Technik als eine, die nicht patentiert werden kann, wo doch schon eine ganze Reihe von Patentanmeldungen für Biokohle geprüft werden. Darunter ist eine von Haiko Pieplow und seinen Kollegen, die die Firma TriaTerra betreiben, für die in dem Artikel geworben wird (siehe [www.tinyurl.com/38wvbs](http://www.tinyurl.com/38wvbs)).

**Almuth Ernsting, Biofuelwatch, Aberdeen**

**Kontakt: E-Mail: [info@biofuelwatch.org.uk](mailto:info@biofuelwatch.org.uk),  
[www.biofuelwatch.org.uk](http://www.biofuelwatch.org.uk)**

## Impressum

**umwelt aktuell August/September 2010  
ISSN 1865-3901**

**Herausgeber:** Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e. V., Koblenzer Str. 65, D-53173 Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, E-Mail: [info@dnr.de](mailto:info@dnr.de), [www.dnr.de](http://www.dnr.de)

**Verlag:** oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: [kontakt@oekom.de](mailto:kontakt@oekom.de), [www.oekom.de](http://www.oekom.de). **Gesellschafter/Anteile:** Jacob Radloff, Feldafing, 77 %, Christoph von Braun, München, 23 %

**Chefredaktion:** Helga Inden-Heinrich [hih] (Deutschland, verantwortw.), Bjela Vossen [bv] (Europa und Internationales, verantwortw.). **Redaktion:** Juliane Grüning [jg], Matthias Bauer [mb], Marion Busch [mbu], Maike Vygen [mv]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Florian Noto [fn], Zoé Thio [zt], Thalif Deen/IPS [td]. **Service:** Juliane Grüning **ökopädNEWS:** siehe S. 48

**Kontakt/Probehefte:** Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-82, -81, E-Mail: [redaktion@dnr.de](mailto:redaktion@dnr.de), [www.umwelt-aktuell.eu](http://www.umwelt-aktuell.eu)

**Schlusskorrektur:** Gotlind Blechschmidt, Augsburg **Bildnachweis:** Titelfoto: DLR; S. 30 unten: Iris Brunar **Grafik/DTP:** Matthias Bauer, Juliane Grüning. **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Druck auf 100 % Altpapier **Erscheinungsweise:** monatlich am Monatsanfang **Redaktionsschluss:** 10. des vorhergehenden Monats

**Abonnements/Bestellungen/Probeabos:** Rhenus Medien Logistik GmbH & Co. KG, D-86899 Landsberg am Lech, Tel. +49 (0)8191 / 97000-608, Fax -405, E-Mail: [oekom@de.rhenus.com](mailto:oekom@de.rhenus.com) **Anzeigen:** oekom verlag, Christine Burk, München, Tel. +49 (0)89 / 54418422, E-Mail: [anzeigen@oekom.de](mailto:anzeigen@oekom.de)

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion beziehungsweise des Herausgebers wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

